

Medienmitteilung

### FDP sagt 5 x deutlich ja

fdp. Im Kesslers Kulm hat am Donnerstag, 7. November 2024 die letzte FDP-Parteiversammlung des Jahres stattgefunden. Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden Abstimmungen vom 24. November 2024.

Alexandra Bossi stellte den Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen vor, gegen den das Referendum ergriffen wurde. Mit dem Ausbau sollen Engpässe beseitigt werden, die heute regelmässig Stau verursachen. Für diese Projekte sind Kosten von 4.9 Mrd. CHF vorgesehen, deren Finanzierung aus dem Nationalstrassen und Agglomerationsfonds erfolgt. Stau (2023 in der Schweiz 48'000 Stunden) führt zu Ausweichverkehr, der Lärm und ein erhöhtes Unfallrisiko mit sich bringt. Der Zeitverlust ist mit erheblichen Kosten verbunden und schadet damit der Wirtschaft. Zu dem beeinträchtigt der Stau die Mobilität der Bevölkerung. Um im Sinne der Mobilität der Bevölkerung, der Sicherheit von Städten, Dörfern und Quartieren und auch im Sinne der Wirtschaft ein funktionierendes Verkehrsnetz sicher zu stellen, empfiehlt Alexandra Bossi die Annahme der Vorlage. Die FDP Davos stimmte der Empfehlung grossmehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung zu.

Damian Markutt stellte die Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete) vor. Diese soll die Untermiete strenger regeln, womit Missbräuche und Nachteile für Vermieter verhindert werden sollen. Manchmal fehle die Zustimmung der Vermietenden oder die Untermiete sei zu teuer. So wissen Mieter, wer die Räume nutzt und Untermieter:innen werden vor überrissenen Untermietzinsen geschützt. Auch nach der Anpassung des Obligationenrechts, bleibt die Untermiete erlaubt und möglich, vorausgesetzt es liegen ein schriftliches Gesuch und eine schriftliche signierte Zustimmung vor. Weil die Änderung mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft und für Mieter keine Nachteile entstehen, empfiehlt Damian Markutt die Annahme der Vorlage. Die FDP Davos folgte dieser Empfehlung und fasste einstimmig die Ja-Parole.

Der sachkundige Damian Markutt erläuterte auch die Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs). Die Anpassung soll Eigentümer:innen ermöglichen den Eigenbedarf einfacher und schneller geltend machen zu können, da ein bedeutender und aktueller Eigenbedarf leichter nachzuweisen ist. Dies spielt bei Rechtsstreit, Mieterstreckung und Eigentümerwechsel eine Rolle. Weil Mietende auch bei Annahme geschützt bleiben und die gleichen Möglichkeiten eine Kündigung anzufechten oder Mieterstreckung zu erwirken haben wie bisher, das Eigentum aber gestärkt wird, empfiehlt Damian Markutt die Annahme der Vorlage und die FDP Davos stimmte ihm einstimmig zu und fasste die Ja-Parole.

Agnes Kessler stellte die vierte nationale Vorlage, die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Einheitliche Finanzierung der Leistungen) vor. Bisher

werden ambulante und stationäre Behandlungen unterschiedlich finanziert. Das heisst Kantone beteiligen sich nur an stationären Behandlungen, Krankenkassen übernehmen die Kosten ambulanter Behandlungen. Die Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen sieht vor, dass alle Leistungen der Grundversicherung nach dem gleichen Schlüssel von Kanton und Krankenkassen finanziert werden sollen (Krankenkassen 73.1 %, Kantone 26.9 %). Dadurch sollen Fehlanreize reduziert, die medizinisch sinnvollsten und günstigsten Behandlungen, die Zusammenarbeit von Ärztinnen, Therapeuten, Pflegenden und Apothekerinnen, die Patientenorientierung und die Qualität gefördert werden. Während die Verlagerung in den ambulanten Bereich zu Einsparungen für die Prämienzahlenden führt. Weil der medizinische Fortschritt es möglich macht, dass Behandlungen bei gleichbleibender Qualität ambulant statt stationär durchgeführt werden können. Weil Pflegeheimenintritte später erfolgen können und dem Fachkräftemangel dadurch entgegengewirkt werden kann. Und weil die integrierte Versorgung gefördert werden kann und Einsparungen erzielt werden können, ist es sinnvoll, dass das Finanzierungssystem diese Entwicklung unterstützt und kostentreibende Fehlanreize, die sie ausbremsen beseitigt werden. Entsprechend empfiehlt Agnes Kessler die Annahme der Vorlage. Die FDP Davos unterstützt diese und fasste die Ja-Parole einstimmig.

Mit dem Ergänzungsbau des Kirchner Museums stellte Claudio Rhyner die letzte und einzige kommunale Vorlage vor. Die „Sammlung Ulmberg“ ist eine der wichtigsten privaten Kunstsammlungen Europas. Eine bemerkenswerte Sammlung moderner und zeitgenössischer Kunst von aussergewöhnlicher Qualität, die bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglich war und sich einer grosser Nachfrage anderer Museen erfreut. Nun bietet sich Davos die Chance, dass diese ihren Weg nach Davos findet und das Kirchner Museum als einen kulturellen und touristischen Leuchtturm in der Region und das Angebot für Einheimische und Gäste stärkt. Die Sammlung soll erhalten werden, die Möglichkeit nur einzelne Werke zu Übernehmen besteht nicht und wäre auch nicht von gleicher Wirkung. Die Übernahme, Konservierung und Ausstellung erfordert allerdings eine bauliche Erweiterung des Kirchnermuseums. Der Claudio Rhyner zuzustimmen empfiehlt, weil die Kunstsammlung perfekt zur bestehenden Sammlung passt und die Herkunft der Werke ist bemerkenswert dokumentiert und entsprechend geklärt ist. Das kulturelle Angebot in Davos ist ein Alleinstellungsmerkmal der Destination und ein wetterunabhängiges Ganzjahresangebot. Zu dem kann die Erweiterung im Sinne der Ursprungsarchitektur erfolgen. Rhyner macht deutlich, dass auch wenn das Projekt noch nicht im Detail fertig geplant ist, die Unterstützung und damit der Entscheid der Gemeinde notwendig für die Detailplanung ist und die Chance für Davos einmalig ist. Die FDP Davos unterstützt die Erweiterung des Kirchner Museums und fasst die Ja-Parole einstimmig.